

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Personalvertretung mit Stimmrecht im Verwaltungsrat der soH

Auftrag

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen so anzupassen, dass die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG im Verwaltungsrat durch mindestens eine Vertretung mit vollem Stimmrecht vertreten sind.

Das Wahlverfahren ist so auszugestalten, dass die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG eine Personalvertretung wählen. Die Wahl erfolgt auf Vorschlag der repräsentativen Personal- und Arbeitnehmerorganisationen.

Begründung

Gute Unternehmensführung braucht unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven. Die Mitarbeitenden der Solothurner Spitäler AG kennen den Spitalbetrieb, die personellen Herausforderungen und die Auswirkungen strategischer Entscheide aus erster Hand. Dieses Wissen ist auf der strategischen Führungsebene heute nicht vertreten.

Eine Personalvertretung ergänzt den Verwaltungsrat um die Sicht der betrieblichen Praxis. Sie kann frühzeitig auf Probleme und Risiken aufmerksam machen und dazu beitragen, dass Entscheide nicht nur nach finanziellen und unternehmerischen, sondern auch nach medizinischen, betrieblichen und personellen Gesichtspunkten beurteilt werden. Die jüngsten Entwicklungen bei der soH unterstreichen, wie wichtig eine vielfältig zusammengesetzte und gut informierte strategische Führung ist.

Die Personalvertretung soll deshalb als ordentliches Mitglied mit vollem Stimmrecht Einsitz nehmen. Für sie gelten dieselben Rechte und Pflichten wie für die übrigen Mitglieder des Verwaltungsrats. Sie bringt die Erfahrungen der Mitarbeitenden ein und übernimmt Mitverantwortung für die Entwicklung der soH.

Andere Kantone kennen bereits Formen der institutionellen Personalbeteiligung. Bei den Genfer Universitätsspitalern gehören vom Personal gewählte Vertretungen dem Verwaltungsrat an. Beim Freiburger Kantonsspital nimmt eine Personalvertretung an den Sitzungen des Verwaltungsrats teil, allerdings lediglich mit beratender Stimme.

Damit die Personalvertretung innerhalb der Belegschaft breit abgestützt ist, soll sie auf Vorschlag der repräsentativen Personal- und Arbeitnehmerorganisationen von den Mitarbeitenden gewählt werden. Wer täglich Verantwortung für die Gesundheitsversorgung übernimmt, soll auch dort eine Stimme haben, wo über die Zukunft der Solothurner Spitäler entschieden wird.